

Das Housing-Programm der Landesregierung – eine unendliche Geschichte mit absehbaren kostspieligen Folgen für die rheinland-pfälzischen Steuerzahler!

LUFTPOST

**Friedenspolitische Mitteilungen aus der
US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein
LP 148/07 – 23.07.07**

Geht's jetzt bald los oder vielleicht doch nicht?

Zu Anke Herberts Artikel "Housing-Programm rückt näher"
in der RHEINPFALZ vom 16.07.07

Noch ist nicht ganz klar, wie viele regionale Firmen wie viele Miese beim Einkaufs- und Hotelkomplex KMCC und anderen Bauvorhaben auf der US-Air Base Ramstein gemacht und wie viele Beschäftigte ihren Arbeitsplatz verloren haben, weil die Chefs der Bau- und Ausbauunternehmen, in denen sie tätig waren, bis heute auf die Bezahlung von Arbeiten warten, die schon vor Jahren abgeschlossen wurden. Da verspricht die SPD-Landesregierung der Herren Beck und Bruch dem Baugewerbe der Westpfalz schon den nächsten "Geldregen".

Für das "Sequoia-Village", ein inzwischen wieder aufgegebenes US-Wohnghetto auf dem Landstuhler Kirchberg, hatte der rheinland-pfälzische Innenminister Bruch noch höchst persönlich per Videopräsentation auf einer SPD-Veranstaltung in Landstuhl geworben (s. LP 010/06). Zur Propagierung seines mittlerweile dezentralisierten, über die halbe Westpfalz verstreuten Housing-Programms hat er erst einmal zahlreiche Städte und Gemeinden in der Region Kaiserslautern mit einer Flut von Briefen überschwemmen lassen.

In Landstuhl waren für den Anfang 500 "Landhausvillen für gehobene US-Ansprüche" angedacht, jetzt soll erst einmal mit 350 Bruch-Häusern begonnen werden. Außer der Stadt Kaiserslautern wurden 41 Kommunen im Kreis Kaiserslautern, 47 im Kreis Kusel und 18 in der Südwestpfalz als potentielle Standorte für jeweils bis zu 30 US-Wohneinheiten auserkoren. An 107 Standorten werden also Bauplätze für maximal 3.210 Bruch-Häuser gesucht. Für die Region Kaiserslautern haben die US-Streitkräfte aber nur einen Bedarf von 1.751 Häusern angemeldet, den die Landesregierung schon auf 1.750 abgerundet hat (s. LP 110/07). Wenn alle angeschriebenen Kommunen positiv reagieren würden, stünden im günstigsten Fall 1.460 Bauplätze zu viel zur Verfügung. Schon aus dieser, den angekündigten Bedarf weit übersteigenden Anzahl lässt sich erkennen, dass die Landesregierung mit sehr vielen ablehnenden Reaktionen rechnet, wie sie schon aus dem Kaiserslauterer Stadtteil Siegelbach (s. LP 123/07) und aus den Ortsgemeinden Föckelberg und Oberstauenbach der Verbandsgemeinde Altenglan im Kreis Kusel signalisiert wurden (s. LP 091/07).

Das Interesse der US-Streitkräfte an neuen Komforthäusern in Flugplatznähe immer fest im Blick, verbreitet Anke Herbert ungeprüft alle fragwürdigen Argumente der Landesregierung: Von (derzeit rund 1.000!) Leerständen in der Region Kaiserslautern sei in Mainz nichts bekannt. Bestehende Mietverhältnisse mit US-Mietern würden nicht beeinträchtigt. Als guter Partner der US-Streitkräfte wolle man nur den zusätzlich zu dem bestehenden Wohnungsangebot angemeldeten Bedarf decken. Die eigens gegründete HIRP (Abkürzung für Housing Initiative Rheinland-Pfalz) werde der Region den größtmöglichen wirtschaftlichen Nutzen beschern und (auch nicht aus Rheinland-Pfalz kommende) Investoren durch eine 5-15jährige Erstattungsgarantie bei Mietausfällen vor wirtschaftlichem Schaden bewahren. Nach der Sommerpause wolle das Innenministerium in Informationsveranstaltungen vor Ort weitere Einzelheiten mitteilen.

Ihren zusätzlich zu dem Artikel abgedruckten "Einwurf" beginnt Frau Herbert mit dem sicher auf uns gemünzten Satz: "Auch wenn es Gegner des US-Militärs nicht gern hören,

das Housing Programm bewegt viele Menschen in der Region um den Flugplatz Ramstein:"

Wir freuen uns, dass Frau Herbert uns wenigstens nicht länger unterstellt, "antiamerikanisch" zu sein, aber auch ihre neue Zuordnung ist uns noch zu ungenau. Wir sind wie mittlerweile 70 Prozent der US-amerikanischen Bevölkerung Gegner der rücksichtslosen Machtpolitik der Bush-Administration und kritisieren, dass sich das US-Militär zum willenlosen Werkzeug in den völkerrechtswidrigen US-Angriffskriegen machen lässt. Wir lehnen die mit privatem deutschem Geld zu finanzierende Housing-Initiative der Landesregierung vor allem deshalb ab, weil die eingesparten US-Dollars für neue Waffen, Bomben und Granaten ausgegeben werden. Damit verlängern sich neben den Leiden der Menschen in Afghanistan und im Irak auch die verfassungswidrigen Aktivitäten der US-Streitkräfte in und über unserem Land.

Frau Herbert fährt fort: "Private, Handwerker und Geschäftsleute gieren geradezu nach Informationen, was es damit (mit dem Housing-Programm) auf sich hat, wie man selbst aktiv werden kann, wer Ansprechpartner ist. Manch einer hat gar Angst, etwas zu verpassen." Sollte die Dame selbst auch danach gieren, eigenes Geld in ein weiteres Haus zu investieren, das sich an US-Amerikaner vermieten lässt? Sie könnte sich leicht verkalkulieren, weil neue Häuser an ruhigeren Plätzen US-Mieter dazu veranlassen werden, aus angemieteten älteren Behausungen in Gemeinden mit mehr Fluglärm auszuziehen. Für einen solchen "Leerstand" ist nicht mit einer HIRP-Entschädigung für ausgefallene Mietzahlungen zu rechnen.

Die fünfjährige Garantie für die Erstattung ausbleibender Mietzahlungen um Spangdahlem und die fünfzehnjährige um Ramstein gilt nur für die im Rahmen der Housing-Initiative neu errichteten Häuser. Sie wird die Vermieter älterer US-Mietobjekte in "lauten" oder weiter von den Flugplätzen entfernten Orten und uns Steuerzahler viel Geld kosten, weil bei weiteren US-Truppenreduzierungen bald auch neue Häuser aus dem Housing-Programm leer stehen werden.

Mit der verstreuten Ansiedlung von US-Familien in einheimischen Wohngebieten wird ein beabsichtigtes "Untertauchen" ermöglicht. Die deutschen Nachbarn dienen dabei unfreiwillig als Schutzschilde vor befürchteten terroristischen Anschlägen. Dem "Tarnungsbedürfnis" der US-Militärs wurde schon durch veränderte, von den ortsüblichen Nummernschildern nicht mehr zu unterscheidende neue KFZ-Kennzeichen für Privatfahrzeuge von US-Amerikanern Rechnung getragen. Herrn Bruchs Durchmischungskonzept nimmt eine erhöhte Gefährdung der einheimischen Bevölkerung bewusst in Kauf. Dabei hätte der mit unseren Steuern bezahlte Innenminister vor allem für die Sicherheit der einheimischen Bevölkerung zu sorgen.

Wir hoffen, dass HIRP möglichst bald die angekündigten eigenen Analysen des US-Wohnungsmarktes in der Westpfalz und der Eifel durchführt und zu dem realistischen, für das Land und seine Steuerzahler sehr kostengünstigen Ergebnis kommt, dass überhaupt keine neuen US-Mietobjekte gebraucht werden. Das Housing-Programm des Herrn Bruch ist schon jetzt völlig überflüssig. Es ist nicht "fortlaufend an den Bedarf anzupassen", sondern ganz zu streichen, weil die vielen Leerstände beweisen, dass ein "Bedarf" nur in Herrn Bruchs Phantasie existiert.

Die absolute SPD-Mehrheit im rheinland-pfälzischen Landtag wird das teure Housing-Programm, das schon im Herbst dieses Jahres starten soll, nicht durch einen Blitzbeschluss nach der Sommerpause unterbinden. Aber der SPD-Ministerpräsident und Möchtegern-SPD-Kanzlerkandidat Kurt Beck könnte die "HIRP-HIRP-Hurra-Initiative" seines US-hörigen Innenministers und US-Ehrenobristen Karl Peter Bruch noch stoppen, um weitere Ansehensverluste für sich selbst und hohe finanzielle Verluste für Altvermieter von US-Wohnobjekten und die rheinland-pfälzischen Steuerzahler zu verhindern.

www.luftpost-kl.de

VISDP: Wolfgang Jung, Assenmacherstr. 28, 67659 Kaiserslautern